

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 2 (1974)

DOI: 10.11588/fr.1974.0.58124

---

#### Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.



tik glaubt herauslesen zu können, hat HILLGRUBER aus derselben Schrift eine Theorie des kalkulierten Risikos herausinterpretiert, die für Bethmann Hollweg in der Julikrise verbindlich gewesen sei. Seine weit überzeugendere Deutung wird bestätigt durch ERDMANN, der als erster Riezlers (inzwischen von ihm edierte) Tagebücher benutzen konnte. Stellen ERDMANN und HILLGRUBER die Person des Reichskanzlers in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung, so sehen FISCHER und der DDR-Historiker GUTSCHE in ihm lediglich eine Ausprägung größerer Zusammenhänge, was bei FISCHER als bloße Konvergenz, bei GUTSCHE hingegen als zwingende Gesetzmäßigkeit erscheint.

Im fünften Teil sind verschiedene Beiträge zur Rolle Österreich-Ungarns in der Julikrise und zur Problematik seiner Stellung zwischen Italien und Deutschland zusammengestellt. Sie beschäftigen sich vorwiegend mit den Versuchen der Mittelmächte, Italien zum Kriegseintritt zu bewegen und mit dem in umgekehrter Richtung laufenden Bestrebungen Italiens, die kriegsbedingte österreichische Zwangslage nach Kräften auszunutzen. Den Abschluß des Bandes bilden schließlich jene bereits erwähnten drei Artikel zum Verhalten Englands, Frankreichs und Rußlands. Sie lassen deutlich erkennen, daß hier der Forschung noch gewaltige ungelöste Aufgaben harren.

Insgesamt hat SCHIEDER eine Auswahl getroffen, die sein eigentliches Thema, den FISCHER-Streit, in seinen Hauptlinien voll abdeckt und damit der selbstgestellten Aufgabe durchaus gerecht wird.

Lothar BURCHARDT, Konstanz

Wilhelm DEIST, Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, 2 Bde Düsseldorf (Droste) 1970, CLXXIII–1530 S. Gr. 8° (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2. Reihe: Militär und Politik, Bd. 1 I. und 1 II.)

Das Verhältnis von Innenpolitik und Militär im 1. Weltkrieg (wobei der Begriff »Militär« als Oberbegriff zu Heer und Marine zu verstehen ist) hat in der Vergangenheit zahlreiche Bearbeiter gefunden. Wie diverse Neuerscheinungen der letzten Jahre zeigen – hier sei nur an die Publikationen von FISCHER und RITTER, an FELDMANS Studie über Heer, Unternehmer und Arbeiterschaft oder an die Arbeiten von marxistischen Historikern wie KLEIN, SCHRÖTER oder WEBER erinnert, die in dem dreibändigen Werk »Deutschland im ersten Weltkrieg« gipfelten – hält dieses Interesse bis heute unvermindert an. Freilich haben sich gegenüber einschlägigen Arbeiten aus der Zwischenkriegszeit die Akzente verschoben, die Fragestellungen gewandelt. Im Mittelpunkt stehen nicht mehr die Apologie der preußischen Armee, der »Dolchstoß« oder das »Versagen« der Heimat, sondern eher die katalytische Wirkung des Krieges auf die Entwicklung von Parlamentarismus und Parteienwesen sowie die innenpolitischen und wirtschaftlichen Determinanten des deutschen Zusammenbruchs.

In diesen Zusammenhang gehört die DEISTSche Dokumentation, die denn



auch nicht ohne Grund vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt und der Parlamentarismuskommission gemeinsam betreut und herausgegeben worden ist. Schon quantitativ beeindruckt dieses Werk, das in zwei Bänden auf rund 1700 Seiten mehr als 500 Dokumente aus 14 Archiven und über 40 Nachlässen wiedergibt. Mit verschwindenden Ausnahmen handelt es sich dabei um ungedrucktes Material, was den Wert der DEISTschen Sammlung weit über den einer bloßen Zusammenstellung schon publizierter Texte unter neuen Fragestellungen hinaushebt, wie wir sie etwa von Immanuel GEISS besitzen. DEIST hat sein Material systematisch nach Themenkreisen (Zensur, Propaganda, Hilfsdienstgesetz etc.) gegliedert und innerhalb der einzelnen Kapitel chronologisch geordnet. Auf Kürzungen wurde im allgemeinen verzichtet; wo sie dem Bearbeiter unvermeidlich erschienen, wurde dankenswerterweise der Inhalt der gestrichenen Passagen kurz angedeutet. Zwei Register – davon eines in rein chronologischer Folge – erschließen die Edition, die außerdem durch Einleitung und Anmerkungsapparat kommentiert wird.

Da das preußische Kriegsarchiv im Frühjahr 1945 einem Bombenangriff zum Opfer gefallen ist, fehlen heute die in erster Linie relevanten Bestände des preußischen Kriegsministeriums, ebenso die zahlreicher Stellvertretender Generalkommandos. Ersatzweise hat DEIST auf anderes militärisches Archivgut – vor allem auf die Akten der süddeutschen Kriegsministerien – zurückgegriffen und in großem Umfang zivile Archivalien ausgewertet. Als besonders ergiebig erwies sich außerdem erneut das fast vollständig erhaltene Material der obersten Marinebehörden, das im Bundesarchiv – Militärarchiv verwahrt wird. Von ziviler Seite wurden neben dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes die Staatsministerialakten der süddeutschen Staaten herangezogen, ferner diverse Oberpräsidialakten, die Bestände des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller etc. Schließlich standen zahlreiche zivile und militärische Nachlässe zur Verfügung.

Andererseits bleiben schwerwiegende Lücken bestehen, was freilich der Bearbeiter nicht zu vertreten hat: Die Nachlässe Falkenhayn und Rathenau gelten als verloren, der Nachlaß Ludendorff befindet sich in Privatbesitz und wird auf absehbare Zeit unbenutzbar bleiben, die Auswertung des Hindenburg-Nachlasses scheiterte an unerfüllbaren Auflagen eines bereits mit einer Hindenburg-Edition hervorgetretenen Forschers. Vor allem gelang es DEIST als Mitarbeiter des Forschungsamtes nicht, Zugang zu den in der DDR lagernden Beständen der zivilen preußischen und Reichsbehörden zu erhalten. Auch hier erwies sich jedoch der Rekurs auf süddeutsche Archive als hilfreich.

Aus der dennoch verbliebenen Materialfülle hat der Bearbeiter das auszuwählen versucht, was Arbeit und Ziele der mit innenpolitischen Fragen in Berührung kommenden Militärbehörden besonders deutlich sichtbar macht. Neben den obersten Marinebehörden, den Ministerien und Generalstäben bzw. der Obersten Heeresleitung handelt es sich dabei vor allem um die diversen »Militärbefehlshaber«, die Stellvertretenden Kommandierenden Generäle und / oder Festungsgouverneure bzw. -kommandanten, denen das preußische Gesetz über den Belagerungszustand von 1851 die vollziehende Gewalt im Kriegsfall übertrug. Dabei überwiegen in den ersten beiden Kriegsjahren Unterlagen zur Be-



handlung der SPD, zur Kriegszieldiskussion und zu Zensurfragen. Ab Herbst 1916 kommen die mit der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes verbundenen Probleme hinzu, ferner die propagandistische und politische Auseinandersetzung mit Ernährungsfragen, Unruhen und Streiks.

Die Basis solcher Auseinandersetzungen bildete das preußische Gesetz über den Belagerungszustand. Es war nur sehr unvollständig in die Reichsverfassung rezipiert worden, so daß der Kaiser in seiner Handhabung praktisch keiner Beschränkung unterlag. (Einen Sonderfall bildete lediglich Bayern, dessen einschlägige Gesetzgebung die Aufhebung von Grundrechten nicht zuließ.) Vollstrecker dieser kaiserlichen Vollmachten wurden bei eintretendem Kriegszustand die Militärbefehlshaber, wodurch sich die zivilen Verwaltungsspitzen in die Rolle reiner Erfüllungshilfen zurückgedrängt sahen.

Da die recht zahlreichen Militärbefehlshaber – deren Bedeutung und Befehlsbereich sehr unterschiedlich waren – dem Kaiser unmittelbar unterstanden, bereitete die Koordination ihrer Maßnahmen von Anfang an Schwierigkeiten. Vielleicht angeregt durch das Vorbild Bayerns, dessen Kriegsministerium nicht nur oberste Verwaltungs- sondern auch Kommandobehörde war, wurde 1916 der preußische Kriegsminister zum »Obermilitärbefehlshaber« ernannt (Dok. 26 und 27). Jedoch besserte auch diese Maßnahme die herrschende Verwirrung nur langsam (Dok. 151), zumal der steigende Einfluß der Obersten Heeresleitung wie auch der Aufbau des Kriegsamt und seiner nachgeordneten Dienststellen neue Koordinationsprobleme aufwarf.

Die Erfahrungen von 1870/71 ließen von Anbeginn eine umfassende Pressezensur geboten erscheinen. Zunächst oblag sie den Militärbefehlshabern – unter lockerer Koordination durch eine »Oberzensurstelle« –, doch wurde sie im Laufe des Kriegs zunehmend von dem inzwischen aufgebauten Kriegspresseamt gelenkt (Dok. 124). Ein voller Erfolg blieb diesen Bemühungen freilich häufig versagt: Da eine Vorzensur weder politisch erwünscht noch technisch durchführbar war – allein im Bereich des VII. Armeekorps erschienenen 300 bis 400 Zeitungen (Dok. 49) – sah man sich auf die Loyalität der Presse angewiesen. Diese ließ sich mit wachsender innenpolitischer Spannung nur noch schwer gewinnen bzw. halten, denn die Verschlechterung der inneren und äußeren Situation erforderte immer häufiger *Sprachregelungen*; sie aber weckten bei der Presse den Verdacht der Manipulation. Auch erschienen immer größere Mengen von nichtperiodischer Literatur alldeutscher und vor allem linkssozialistischer Provenienz, die sich der Zensur mehr oder minder erfolgreich entzogen (Dok. 53, 72 und 108). Da demgegenüber militärischerseits in der Regel darauf beharrt wurde, daß etwaige Publikationen unter Umständen *auf den Ton des unbedingten Durchhaltens abgestimmt sein* mußten (Dok. 174), konnten Mißstimmungen kaum ausbleiben (Dok. 480).

Bald zeigte es sich, daß die Zensur allein nicht genügte, den Burgfrieden aufrechtzuerhalten. Diese Erkenntnis führte zum Aufbau eines Propagandaapparates, der – mit fast unbegrenzten Geldmitteln versehen – Volk, Heer und Marine mit einer Flut von Presseverlautbarungen, Filmen, Periodika und Flugblättern überzog. Hinzu kam seit 1917 der »*Aufklärungsdienst*« oder »*Vaterländische Unterricht*«, dem bescheinigt wurde, *der augenblicklich wichtigste Dienst*



*hinter der Front (zu sein) und der Munitionslieferung an Bedeutung mindestens gleich (zukommen)* (Dok. 331 und 338). Die Oberste Heeresleitung forderte zeitweise geradezu einen »Propagandaminister«, der unter faktischer Kontrolle der OHL die gesamte diesbezügliche Arbeit koordinieren und insbesondere der als überlegen geltenden alliierten Propaganda entgegenwirken sollte (Dok. 326 und 362).

Da das Militär die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen als den inneren Feind *par excellence* betrachtet hatte, bestanden lange vor 1914 Kontingenzpläne für deren Behandlung im Kriegsfall. Kurz vor Kriegsausbruch wurden diese Planungen wenn nicht aufgehoben, so doch gemildert (Dok. 76 und 77). Diese Entspannungspolitik setzte das preußische Kriegsministerium auch über den Kriegsbeginn hinaus fort, nachdem sich die SPD zum Burgfrieden bekannt hatte: Gegen den Protest des Innenministeriums wurden diverse diskriminierende Befehle früherer Jahre aufgehoben (Dok. 81) und für die Aufhebung des in einigen Korpsbezirken bestehenden verschärften Belagerungszustandes geworben (Dok. 29). Ähnlich verwendete sich der Stellvertretende Generalstab gegen eine allzu strikte Handhabung der Zensur (Dok. 45). Diese Politik zielte auf eine Isolierung des linken SPD-Flügels ab und wurde – zeitweise gegen den Protest der Industrie – während der ersten Kriegsjahre beibehalten.

Erst die von der 3. OHL inaugurierte Neuorientierung zwang das Kriegsministerium, seine relativ konziliante Linie aufzugeben. Dagegen bekundete das Bayerische Kriegsministerium ein bemerkenswertes Maß an Einsicht auch nach dem Beginn der Ära Ludendorff. Im Herbst 1916 plädierte es für *g l e i c h e* staatliche Fürsorge allen Bevölkerungsgruppen gegenüber und setzte sich mit seiner Polemik gegen das Kriegsgewinnlertum in schärfsten Gegensatz zum bayerischen Innenministerium (Dok. 190) wie zur OHL. Im folgenden Jahr führte es einen recht scharf gehaltenen Schriftwechsel mit der OHL über Zensurfragen und allgemein über Ludendorffs Einmischungen in die Politik (Dok. 343 f.). Auch begegnete es der Vaterlandspartei deutlich reserviert (Dok. 410 und 431), während diese in der preußischen Armee zumindest wohlwollend geduldet wurde (Dok. 410). Dem entsprach in Bayern auch während der zweiten Kriegshälfte eine relativ entspannte Politik gegenüber der Mehrheitssozialdemokratie (Dok. 457; vgl. dagegen Dok. 454) und schließlich ein ruhigeres Urteil über Groeners Amtsantritt in der OHL, als das in weiten Kreisen der preußischen Generalität verbreitete (Dok 500; S. 1346).

Da von der Arbeitskraft der weiblichen Bevölkerung wie der Kriegsgefangenen nur zögernd Gebrauch gemacht wurde, trat frühzeitig an die Verantwortlichen die Frage heran, ob Heer oder Rüstungsindustrie vorrangig mit Arbeitskräften versorgt werden sollten. Mißbräuche auf dem Reklamierungssektor [Freistellung von Wehrdienst] durch die Industrie (so beantragte etwa der Stahlindustrielle Hoesch, seinen Sohn als Granatendreher vom Heeresdienst zurückzustellen) erschwerten das Problem weiter. Daher sah sich das Kriegsministerium frühzeitig zum Erlaß von Richtlinien für die Behandlung der Arbeiterfrage in Rüstungsbetrieben gezwungen, an denen es auch gegen außerordentlich wütende Proteste der Unternehmerschaft festhielt (Dok. 185 und Anm; S. 472).

Nachdem die Anforderungen an die Industrie im Laufe des Jahres 1916



sprunghaft gestiegen waren, wurde von militärischer Seite das Hilfsdienstgesetz konzipiert und durchgesetzt, das die personellen Grundlagen für gesteigerte Rüstungsmaßnahmen schaffen sollte.

Bekanntlich erfüllte es diese Erwartungen nicht in vollem Umfang: Das Prinzip der Freiwilligkeit bewährte sich nicht, andererseits aber bot das Gesetz wegen seiner Lückenhaftigkeit nicht immer die Handhaben für ein zwangsweises Vorgehen (Dok. 230). Auch blieben die Reklamierungsprobleme ungelöst, ja letztlich unlösbar.

In dieser Situation brach sich im Groenerschen Kriegsamt mehr und mehr die Überzeugung Bahn, *die Arbeitgeber dürf(t)en nicht immer geschützt werden*, müßten vielmehr wie die Arbeiterschaft *dem neuen Geist Rechnung tragen* (Dok. 289 u. a.). Wie FELDMANS Forschungen erneut gezeigt haben, trug die wiederholte Bekundung dieser Ansicht wesentlich zu Groener Sturz bei. Die DEISTSche Edition bereichert auch in diesem Punkt unseren Kenntnisstand, wie sie streckenweise geradezu als Quellen- und Ergänzungsband zu FELDMANS Arbeit benutzt werden kann.

Ein großer Teil des von DEIST zusammengestellten Materials entstammt der innerstaatlichen Diskussion über das Verhältnis von militärischer und ziviler Führung. Zwar verfügte die zivile Verwaltung über die nötigen Fachleute und eine arbeitsfähige administrative Infrastruktur, doch besaß sie bis in die letzten Kriegswochen hinein kein Weisungsrecht gegenüber den Militärbefehlshabern. Zivile Einmischungsversuche etwa in Zensurfragen wurden gelegentlich entsprechend brüsk zurückgewiesen (Dok. 57, 58, 60). Besonders problematisch gestaltete sich das Verhältnis der zivilen Ressorts zur 3. OHL, deren außermilitärische Kompetenzen mit ihrer militärischen Bedeutung wuchsen; hier sei nur an ihre für Zensur, Propaganda und Spionage zuständige Abt. III B, an ihre Politische Abteilung oder an die praktisch in die OHL integrierte Militärische Stelle des Auswärtigen Amtes erinnert. Nimmt man Oberst Bauers Operationsabteilung II hinzu, die sich allmählich zu einer bedeutenden kriegswirtschaftlichen Schaltstelle entwickelte, so wird deutlich, wie sehr die OHL über reine Operationsführung hinausgewachsen war.

Schwere Kontroversen mit der Reichsleitung, zu denen DEIST interessantes neues Material vorlegt, waren die unausweichliche Folge (Dok. 257 und 260). Sie gipfelten bekanntlich in dem von langer Hand geplanten und schließlich erfolgreichen Versuch, Bethmann Hollweg zu stürzen. Zwar zeigen die Akten, daß keineswegs alle höheren OHL-Offiziere eingeschworene Bethmannfeinde waren und daß sich etwa das Bayerische Kriegsministerium energisch hinter den Reichskanzler stellte (Dok. 165), doch mußte ein bayerischer Stabsoffizier andererseits feststellen, daß bei den entscheidenden Personen *der Haß gegen Bethmann Hollweg ein so tiefgehender ist, daß er keinerlei Grenzen mehr kennt* (Dok. 314). Im Zentrum dieser Kampagne stand der damalige Oberstleutnant Bauer, dessen Bild die DEISTSche Edition um weitere sinistre Züge bereichert (Dok. 314 u. a.).

Hier ist nicht der Ort, nochmals in eine Diskussion über Bethmann einzutreten. Immerhin gewinnt man aus der Lektüre der Dokumentation erneut den Eindruck, daß FISCHER dessen Persönlichkeit mit allzu scharfen Strichen ge-



zeichnet hat. Zweifellos wäre es seit dem Vorliegen des DEISTSchen Werks doppelt zu begrüßen, wenn FISCHER seinen Studien den seit nunmehr einem Jahrzehnt verheißenen Quellenband folgen lassen würde.

Auf Bethmanns Sturz folgte eine Phase, die Arthur ROSENBERG, EPSTEIN und andere wiederholt als Ludendorff-Diktatur gekennzeichnet haben. DEIST nuanciert diese Interpretation ebenso wie FELDMANS These, daß sich die 3. OHL ausschließlich auf die Konservativen, auf die Rüstungsindustrie und auf die Kriegszielenthusiasten jeder Couleur gestützt habe. Hier werde, so argumentiert DEIST, die Person Hindenburgs ebenso übersehen wie die zunehmend selbständige Stellung der Ludendorffschen Abteilungschefs. Auch habe Ludendorff immer wieder vor der Übernahme politischer Verantwortung zurückgeschaut (Dok. 319 u. 446). Zwar habe er in allen nach außen wirkenden Entscheidungen der Reichsleitung ein an Entscheidungsbefugnis grenzendes Mitspracherecht besessen und ausgeübt, doch habe er sich innenpolitisch niemals im gleichen Maß durchsetzen können. Insbesondere sei es ihm niemals gelungen, den Reichstag, den eigentlichen Gegenspieler der 3. OHL, gänzlich auszuschalten.

Im letzteren Punkt wird man DEIST sicherlich zustimmen, doch wirkt seine These ansonsten ein wenig überspitzt und scheint von einem sehr engen Diktaturverständnis auszugehen. Mag man die Ära Ludendorff als Diktatur bezeichnen oder ihr plebiszitäre Momente zubilligen – an dem autokratischen Charakter der Ludendorffschen Herrschaft wird man ebensowenig zweifeln können wie an der Tatsache, daß die Militärdiktatur seinen Intentionen in besonderem Maße entsprach. Gewiß wird man seinen engsten Mitarbeiter Bauer nicht – wie gelegentlich geschehen – ohne weiteres als »Werkzeug der Industrie« charakterisieren können. Andererseits ist unbestreitbar, daß sich Lage und Einfluß der Rüstungsindustrie unter der 3. OHL in bislang unbekanntem Maß verbesserten und daß zwischen dieser Gruppe und Ludendorff-Bauer zumindest eine stark ausgeprägte Ähnlichkeit der Interessen bestand.

Wenngleich nach offizieller Lesart *der Krieg ... alle Volksschichten auf Gedeih und Verdacht zusammengeschweißt* hatte (Dok. 345), zeichneten sich relativ frühzeitig gravierende Unterschiede in der Versorgungsmöglichkeiten ab, die sich etwa der Arbeiterschaft einerseits, der Großbourgeoisie andererseits boten. Nachdem es im Herbst 1915 zu ersten versorgungsbedingten Kundgebungen in Berlin und andernorts gekommen war (Dok. 126 u. a), wurde einerseits gegen deren Hintermänner vorgegangen (Dok. 100 ff.), zugleich aber über die Oberzensurstelle eine verharmlosende Sprachregelung für die Presse lanciert (Dok. 121).

Dennoch ließ sich, wie die zahlreichen von DEIST in die Edition aufgenommenen Stimmungsberichte zeigen, ein deutlicher Stimmungsverfall im Frühjahr/Sommer 1916 nicht aufhalten (z. B. Dok. 154). Im Vordergrund standen dabei Versorgungsfragen – sanken doch in der Arbeiterschaft die Reallöhne langsam aber stetig ab –, doch wurde dem von staatlicher Seite nicht die nötige Beachtung geschenkt. Beispielsweise instruierte der Staatssekretär des Reichsmarineamtes den Gouverneur des Reichskriegshafens Kiel folgendermaßen für ein Schiedsverfahren zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Kieler Betriebe: *Wenn etwa irgend jemand den eigenartigen Anspruch erheben sollte, weil*



die Lebensmittelpreise um 100% gestiegen seien, müßten auch die Löhne um 100% steigen, so ist solche Forderung natürlich zu beanstanden. Jedermann hat sich in jetziger Zeit Beschränkungen aufzuerlegen (Dok. 157). Warnungen aus informierten Marinekreisen wurden im Admiralstab wie im Reichsmarineamt zunächst kommentarlos abgelegt, anderswo als Anlaß zum Ruf nach der Militärdiktatur genommen (Dok. 170 u. 171).

Zwar bewirkte etwa die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges einen vorübergehenden Stimmungsaufschwung, doch wurden sich die Verantwortlichen im Kriegsministerium und Kriegsamt seit dem Winter 1916/17 darüber einig, daß letztlich *die Lage am Kartoffelmarkt . . . über die Stimmung der Bevölkerung* (entscheide) (Dok. 183 und 254). Erschwerend kam hinzu, daß das Kriegsernährungsamt zugunsten seiner Rationierungspolitik »Hamsterfahrten« und Schwarzmarktkäufe einzuschränken suchte, während andererseits die Militärbefehlshaber dieses Verbot aus psychologischen Erwägungen heraus nur ungern oder gar nicht durchsetzten. Wie später die »Dolchstoßlegende«, so kontrastieren schon die in der Edition enthaltenen Stimmungsberichte die unverändert gute Moral im Heer mit der absinkenden »flauen« Stimmung der Heimat. Die Gründe für die Verschiedenartigkeit sind aus den Dokumenten deutlich abzulesen: Die Heimat konnte nur weit schlechter versorgt werden als die Front; auch waren dort die kriegsbedingten innenpolitischen Spannungen und Widersprüche stärker zu spüren.

Wie sehr gerade der letztgenannte Punkt die Bevölkerung beschäftigte, zeigt eine Aufstellung des Berliner Polizeipräsidenten über die öffentliche Versammlungstätigkeit: In seinem Amtsbezirk fanden 1914 500–600, 1916 dagegen 1800 öffentliche Versammlungen statt; allein im ersten Drittel des Jahres 1917 waren es 850, was einem Jahreswert von über 2500 entspräche (Dok. 289). Die sich darin spiegelnde innenpolitische Polarisierung erreichte im Laufe des letzten Kriegsjahres derartige Ausmaße, daß nicht nur Richtlinien für die Bekämpfung innerer Unruhen (Dok. 274), sondern auch Verordnungen gegen das Verbreiten beunruhigender Gerüchte erlassen werden mußten (Dok. 468). Entsprechend zwiespältig reagierten die Verantwortlichen auf die russische Revolution, in der sie einerseits eine willkommene Schwäche ihres östlichen Gegners, andererseits aber auch einen Quell neuer innenpolitischer Unruhe erblickten.

Bekanntlich erfüllten sich beide Prognosen: Mit dem Ausscheiden Rußlands aus dem alliierten Lager fielen die ersten wirklichen Massenstreiks in Deutschland zusammen. Zum letzteren Themenkreis, der vor allem in der marxistischen Literatur großes Interesse gefunden hat, legt DEIST hochinteressante Materialien vor; stellenweise sind sie geeignet, den bisherigen Forschungsstand zu ergänzen oder zu korrigieren. Aus ihnen spricht die wachsende Hilflosigkeit der Behörden gegenüber einer Bewegung, deren Motivation ihnen letztlich unverständlich blieb und deren Kontrolle mithilfe des traditionellen Instruments des Belagerungszustandes immer schwieriger wurde. Besonders klar geht dies aus den Dokumenten hervor, die DEISTS Sammlung zur innerstaatlichen Auseinandersetzung über die Matrosenrevolte von 1917 und die Streiks von 1918 enthält; auch den Protokollen der im gleichen Zeitraum abgehaltenen Pressebesprechungen läßt sich dieser Aspekt abgewinnen. Insgesamt ergeben sich dabei neben



Korrekturen durchaus auch wesentliche Bestätigungen des Sammelwerkes »Deutschland im 1. Weltkrieg.«

Am Ende dieser Entwicklung stand schließlich der Zusammenbruch vom Oktober/November 1918. DEISTS Edition unterstreicht nochmals die Tatsache, daß er sich nicht nur in der Heimat vollzog, sondern durchaus eine – wenngleich verzögerte – militärische Parallele hatte. Zu ernstesten Versorgungs- und Ersatzproblemen trat hier eine Führungskrise von erheblichem Ausmaß: *Die Maßnahmen der OHL*, so notierte der Bayerische Militärbevollmächtigte im Großen Hauptquartier, *entbehren seit 20. 9. 1918 jeder Planmäßigkeit und lassen keinen leitenden Plan mehr erkennen* (Dok. 479).

Insgesamt kann DEISTS Edition zweifellos als eine der seit Jahren bedeutendsten Neuerscheinungen zur Geschichte des 1. Weltkriegs gelten, und in den Reihen der einschlägigen Quellenpublikationen findet sich seit dem Werk des Untersuchungsausschusses schwerlich etwas Gleichwertiges. DEIST hat umfangreichste Quellenbestände ausgewertet und dadurch maßgeblich zu deren Erschließung beigetragen. Seine Sammlung ist technisch hervorragend gestaltet und durch ihre fundierte Einleitung ebenso wie durch Anmerkungsapparat, Querverweise, Anhänge und Register optimal benutzbar.

Zu fragen wäre zum Schluß lediglich, ob nicht in einer Sammlung von Quellen zur Innenpolitik während des Krieges eine von deren wichtigsten Determinanten, die Kriegswirtschaft, ein wenig stärker hätte berücksichtigt werden können. Gewiß nähme dieser Komplex neben den im engeren Sinne innenpolitischen Fragen nur eine sekundärste Stellung ein, doch ließen sich zumindest dafür gute Gründe anführen. Zu kurz gekommen scheinen dem Rezensenten etwa die Aufbauphase der Kriegswirtschaft, das Verhältnis von Industrie und kriegswirtschaftlichem Apparat, sowie Produktions-, Rationalisierungs- und Versorgungsfragen. Alles dies blieb nicht ohne innenpolitische Rückwirkungen, ebenso beispielsweise die damit sehr eng zusammenhängende Frage der Kriegsgewinne. Solche Lücken schmälern jedoch den Wert der DEISTSchen Edition nur geringfügig und ändern insbesondere nichts daran, daß sie auf dem Gebiet der Weltkriegsforschung neue Akzente und neue Maßstäbe gesetzt hat.

Lothar BURCHARDT, Konstanz

Sir James Headlam-Morley, *A Memoir of the Paris Peace Conference 1919*. Edited by Agnes HEADLAM-MORLEY, Russell BRYANT, Anna CIENCIALA. London (Methuen) 1972, 8°, 230 S.

Veröffentlichungen von Quellen und Studien zu den Pariser Friedensverhandlungen von 1919 begegnen bei uns nach wie vor einem regen Interesse, stellen sie doch explizit oder implizit einen Beitrag zu der Frage dar, wie weit die für Deutschland zweifellos schwere Hypothek des Versailler Vertrags zum Scheitern der ersten deutschen Republik beigetragen hat. Mit ihren Versuchen, deutlich zwischen den materiellen und den psychologischen Folgen der Vertrags-